WIRTSCHAFT UND ÖKOLOGIE 01.04.2020 | Franziska Wehinger

Prima fürs Klima?

Nein, die aktuelle Krise ist nicht gut für die Umwelt. Die Regierungen müssen ihre Rettungsmaßnahmen sozial und ökologisch ausrichten.

Lesen Sie diesen Artikel auch auf Englisch oder Russisch.

Ist Corona etwa ein Segen für den Klimaschutz? Immerhin werden sämtliche Länder im laufenden Jahr ihre Klimaziele um Längen übertreffen. Selbst die Staaten mit den höchsten Emissionen werden das Pariser Klimaschutzabkommen einhalten und gar ihre Ambitionen zur CO2-Reduktion nach oben schrauben. Der plötzliche Stillstand der globalen Werkbank geht eben nicht nur mit einem Schock für die Weltwirtschaft einher, sondern auch mit einem drastischen Rückgang von C02 in der Atmosphäre. So sind Chinas Treibhausgasemissionen im Februar um 25 Prozent gesunken. In Europa sind nur einen Monat nach dem massiven Ausbruch der Epidemie die CO2-Einsparungen bereits höher als zu Zeiten der Finanzkrise. Deutschland wird wider Erwarten die Klimaziele 2020 erreichen, da es seine Emissionen um mehr als 40 Prozent gesenkt haben wird im Vergleich zu 1990. In Europa war bislang der Verkehrssektor ein zentraler Bremser bei der Reduktion von Klimagasen. Der Quasi-Stillstand im Verkehr, gepaart mit den milden Temperaturen, könnte alle Klimaschützer freuen.

Doch Corona ist nicht gut für den Klimaschutz. Die genannten Reduktionen sind einmaliger Natur. Sie gehen zu Lasten von Arbeiterinnen und Arbeitern, kleinen Geschäften und dem Mittelstand. Niemand sollte diese humanitäre und wirtschaftliche Katastrophe als Sieg für die Umwelt interpretieren. Der Kampf gegen den Klimawandel wird nur durch fundamentale Änderungen der Produktionsabläufe zu gewinnen sein. Die geschilderten Rückgänge bei den Emissionen aber sind nicht auf eigentlich nötige strukturelle Änderungen in den globalen Volkswirtschaften zurückzuführen. Es dürfte dementsprechend später schlicht zu einem Jo-Jo-Effekt beim Ölpreis und den Emissionen kommen. So war es auch nach der Finanzkrise 2009.

Zudem gehen wirtschaftliche Rettungspakete auf Kosten der Staatskasse, der geldpolitischen Lockerung folgen oft Jahre harter Sparpolitik. Das

sind schlechte Vorausetzungen für Investitionen in den sozial-ökologischen Umbau der Volkswirtschaften. Gleichzeitig hat die Corona-Krise das Jahrhundertthema Klimawandel geradezu aus der öffentlichen Debatte gefegt. Für Klimaaktivisten wird es auf absehbare Zeit sehr schwierig, die Dringlichkeit der ökologisch begründeten Krisenstimmung zurückzugewinnen.

Vom Umgang mit der Corona-Krise lässt sich für die Klima-Krise lernen: von der beispiellosen Rolle, die dem Staat plötzlich zukommt und der Verantwortung, die Staaten übernehmen, um die Krise zu bewältigen.

Doch immerhin lässt sich vom Umgang mit der Corona-Krise für die Klima-Krise lernen: von der beispiellosen Rolle, die dem Staat plötzlich zukommt und der Verantwortung, die Staaten übernehmen, um die Krise zu bewältigen; von dem Entzug von Freiheitsrechten, den Bürgerinnen und Bürger in Kauf nehmen, um das Gemeinwohl zu retten, und von der neuen Logik in Entscheidungsprozessen, die plötzlich der Wissenschaft und nicht dem Markt folgt.

Die #stayhome-Kultur könnte Arbeits- und Verkehrsgewohnheiten dauerhaft verändern und viele Unternehmen an Telearbeit gewöhnen. Selbst die UN-Klimagipfel dürften umweltfreundlicher werden. In den letzten Jahren wurde die Kritik immer lauter an der umweltschädlichen Ausrichtung dieser Konferenzen, zu denen mehr als 27 000 Teilnehmende regelmäßig um die Welt fliegen – um das Klima zu schützen. Dieses Jahr könnte die UN-Klimarahmenkonvention zusammen mit Gastgeber Boris Johnson in die Geschichte eingehen, sollte es gelingen, den ersten umweltfreundlichen Klimagipfel in Online-Plenarsälen, digitalen Abstimmungen und Webinaren auszurichten.

Bestenfalls werden die bessere Luftqualität in asiatischen Städten, die plastikfreien Kanäle in Venedig und die sauberen Straßen in Spanien die Bürgerinnen und Bürger so begeistern, dass sie die Umwelt in Zukunft besser geschützt sehen wollen.

Die Industrie wird entmutigt, aus schmutzigen Brennstoffen auszusteigen, da die Erneuerbaren Energien mit dem Öl-Tiefpreis nicht mithalten können.

Für Greta Thunberg und die Klimaprotestbewegung dürfte sich einiges ändern: Lange pochen sie schon auf das Primat der wissenschaftlichen Erkenntnisse – darin immerhin bekommen sie nun Recht. Doch gleichzeitig reagieren zahlreiche Länder mit derart autoritären Maßnahmen, dass unklar ist, was davon nach der Krise wieder rückgängig gemacht werden kann. Der zivilgesellschaftliche Aktionsraum für Aktivisten und Demonstranten könnte nach der Krise kleiner

sein als davor. Trotz aller Katastrophenwarnungen ist diese Krise temporär, wie der UN-Generalsekretär richtig sagte, während Waldbrände, Hitzewellen, Fluten und Dürren das Jahr 2020 überdauern werden.

Ist wenigstens der tiefe Ölpreis ein gutes Zeichen für die Umwelt? Während die Kurve der Infizierten schnell anstieg, stürzt der Ölpreis in den Keller. Der russisch-saudische Konflikt um den Ölpreis hängt unmittelbar mit dem Virus zusammen. Aramco, der saudische Staatskonzern, sah die globale Wirtschaftskrise bereits mit ein paar Wochen Vorsprung kommen – China nimmt üblicherweise die Hälfte des saudischen Öls ab. Das Königreich provozierte den historischen Tiefpreis von 23 US-Dollar pro Barrel (im Dezember 2019 waren es noch 60 US-Dollar), um die Konkurrenten aus dem Markt zu drängen. Laut Experten könnte das Barrel in den kommenden Monaten auf das Rekordtief von 10 US-Dollar pro Barrel fallen.

Das ist keine gute Ausgangslage für die Reduktion von Treibhausgasen. Die Industrie wird entmutigt, aus schmutzigen Brennstoffen auszusteigen, da die Erneuerbaren Energien mit dem Öl-Tiefpreis nicht mithalten können. Andererseits könnte das Vertrauen in den Ölmarkt einbrechen und Investoren von der Verlässlichkeit der Erneuerbaren Energien überzeugen. Die Nachfrage nach kleinen und dezentralen Lösungen mit Erneuerbaren Energien könnte steigen, da der Strombedarf in Wohngebieten ansteigen wird und gleichzeitig Zweifel an der Zuverlässigkeit der öffentlichen Stromversorgung aufkommen.

Es ist tragisch, dass gerade einige Klimavorreiter so sehr gebeutelt sind. Dort dürfte die Argumentation an Fahrt gewinnen, dass Klimawandel und Energiewende keine Priorität mehr genießen sollten.

Der deutsche Kohlestrom wird derzeit verstärkt durch das weniger schmutzige Erdgas ersetzt. Auch deswegen konnte Deutschland seine Emissionen innerhalb von vier Wochen so stark reduzieren, dass die Klimaziele 2020 nun wieder zum Greifen nah sind. Auf so einen schnellen Übergang hätte bis vor Kurzem niemand gesetzt.

Für noch unerschlossene Gasfelder aber könnte der aktuelle Ölpreis das Aus bedeuten. Energiekonzerne, die im östlichen Mittelmeer Probebohrungen in zypriotischen und libanesischen Gewässern unternehmen, werden solche Neuerschließungen in naher Zukunft nicht als wirtschaftlich erachten.

Und wie reagieren die Regierungen? Es ist tragisch, dass gerade Klimavorreiter wie das Vereinigte Königreich, Deutschland, Spanien und Italien von der Corona-Krise so sehr gebeutelt sind. Diesen Ländern stehen Wirtschaftsflaute, Arbeitslosigkeit und zahlungsunfähige Firmen bevor. Entsprechend dürfte die Argumentation an Fahrt gewinnen, dass Klimawandel und Energiewende keine Priorität mehr genießen sollten. In Deutschland beispielsweise haben Wirtschaftslobby und FDP bereits gefordert, den lange ausgehandelten CO2-Preis und das Klimaschutzgesetz zu überdenken. Hier könnten Regierungen in eine Falle geraten, die bereits aus der Finanzkrise von 2009 bekannt ist. Damals kam es im Zuge der Rettungspakete zu einer Wiederbelebung der fossilen Industrien. Die EU pumpte damals fast 8 Milliarden Euro in die Automobilindustrie. Rettungspakete für Billig-Airlines und die Fleisch- und Kohleindustrie wurden geschnürt.

In diesen Tagen werden öffentliche Mittel in Milliardenhöhe für Konjunkturprogramme und den wirtschaftlichen Aufschwung mobilisiert. Diese Pakete müssen in saubere Industrien und grüne Anleihen kanalisiert werden.

In diesen Tagen werden öffentliche Mittel in Milliardenhöhe für Konjunkturprogramme und den wirtschaftlichen Aufschwung mobilisiert. Diese umfangreichen Pakete müssen dringend in saubere Industrien und grüne Anleihen kanalisiert werden. Während die USA die Fehler von 2009 wiederholen und Präsident Trump beispielsweise das überschüssige Öl aufkaufen, die nationale Energiewirtschaft, die Kreuzfahrtbranche und Fluggesellschaften retten will, gibt es aus Brüssel positivere Signale. Die EU-Mitgliedsstaaten sollen Rettungspakete so gestalten, dass sie mit dem „Green Deal“ kompatibel sind. Leicht wird das nicht, die Tschechische Republik hat bereits gefordert, den Deal in dieser Ausnahmesituation zu überdenken. Für die Klimapolitik hätte 2020 das Jahrzehnt der großen technologischen Erneuerungen öffnen sollen: Investitionen in kohlenstofffreie Technologien für Verkehr und Industrie sowie Innovation in Kohlenstoffabscheidung und -speicherung würden sich daher gut eignen für wirtschaftliche Wiederaufbauprogramme.

Regierungen könnten auch die verheerenden Dynamiken des Ölpreises umkehren: Subventionen für fossile Industrien werden bei diesen Preisen überflüssig und könnten in Erneuerbare Energien und kohlenstoffarme Sektoren verlagert werden. Jetzt wäre gar ein guter Zeitpunkt, um Kohleunternehmen und Ölkonzerne zu verstaatlichen, um dann einen

reibungslosen und sozial gerechten Ausstieg aus der fossilen Energie zu ermöglichen.

Und last but not least – hat sich jemand einmal Gedanken darüber gemacht, wieso so viele Viren in den letzten Jahren von Tieren auf Menschen übertragen wurden? Biologen, Virologen und Umweltschützer weisen darauf hin, dass die systematische Zerstörung der Natur, der Raub der Lebensgrundlage der Tiere durch Versiegelung, Rohstoffabbau, Vieh- und Landwirtschaft solche Übertragungen verursachen. Wir haben uns so nah wie nie in die Natur vorgewagt, anderen Lebewesen Räume weggenommen und uns mit dem Wildtier-Direkthandel direkt in das Nest der Übertragung gesetzt. Auch hier gilt es, die richtigen Schlüsse zu ziehen.



Franziska Wehinger
Berlin

Franziska Wehinger ist im Bundesministerium für Umwelt tätig. Zuvor war sie Leiterin des regionalen Energie- und Klimaprojektes der FES für den Nahen Osten und Nordafrika in Amman.